

# **Katholisches Forum Leben in der Illegalität**

## **Presse-Information**

### **Stellungnahme des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“ zum BMI-Bericht über „illegal aufhältige Migranten in Deutschland“**

**Berlin. 31. Oktober 2007.** Unter Federführung des Bundesministeriums des Innern wurde ein Bericht zum Prüfauftrag „Illegalität“ verfasst, der aus der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 hervorgeht. Obwohl dieser Bericht schon seit vielen Monaten den innenpolitischen Sprechern von CDU/CSU und SPD vorliegt, ist er bislang nicht offiziell veröffentlicht worden. Eine politische Debatte über seine Inhalte und Handlungsempfehlungen ist ausgeblieben. Auch bei der Reform des Zuwanderungsgesetzes wurde das Phänomen der aufenthaltsrechtlichen Illegalität weitgehend ausgeblendet.

Illegale Zuwanderung und illegale Aufenthalte sind als Begleiterscheinung der sich globalisierenden Weltgesellschaft längst ein Massenphänomen geworden, auch in Deutschland. „Die Probleme, die daraus für die betroffenen Menschen und für die Gesellschaft entstehen, verschwinden nicht, indem man sie verschweigt“, mahnt der Vorsitzende des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“, Weihbischof Dr. Josef Voß. Deshalb hat das Katholische Forum nun eine Stellungnahme zum Bericht des Innenministeriums veröffentlicht.

Für die Katholische Kirche steht die schwierige humanitäre Lage der betroffenen Menschen im Mittelpunkt: „Wir fordern daher seit Jahren, das Phänomen der aufenthaltsrechtlichen Illegalität in seiner ganzen Vielfalt in den Blick zu nehmen und die Probleme pragmatisch und vor allem sachgerecht zu analysieren und zu behandeln. Polarisierungen, wie sie der Bericht des Innenministeriums vornimmt, helfen nicht weiter“, so Weihbischof Voß.

Das Katholische Forum „Leben in der Illegalität“ kritisiert besonders die Vorschläge des BMI zur Beibehaltung und Verschärfung der gesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen. Denn diese verhindern, dass Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität die ihnen auch nach dem deutschen Recht zustehenden grundlegenden sozialen Rechte (etwa auf medizinische Versorgung, Schulbesuch und Lohn für geleistete Arbeit) auch tatsächlich angstfrei in Anspruch nehmen können. Die vom BMI geplante Ausweitung der Übermittlungspflichten träfe insbesondere die Kinder unerlaubt im Land lebender Eltern und würde ihre ohnehin äußerst schwierige Situation noch weiter verschlechtern.

Unsere europäischen Nachbarländer sind uns hierin voraus: sie kennen die vom BMI für unverzichtbar gehaltenen Übermittlungspflichten in dieser Form nicht. „Auch in Deutschland müssen wir nach pragmatischen Lösungen suchen, die den Menschen gerecht werden. Das wird nicht einfach sein. Um einen Anfang zu machen, ist eine offene und öffentliche politische Debatte dringend notwendig“, so Weihbischof Voß.

Die ausführliche Stellungnahme finden Sie im Anhang.

#### Weitere Informationen:

Katholisches Forum *Leben in der Illegalität*, Geschäftsführung: Dr. Ute Koch

Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin, Tel: 030 / 28 444 732, E-Mail: forum-illegalitaet@web.de